

Die SPD knickt ein – die Bundeswehr soll bewaffnete Drohnen bekommen

Vergangenes Jahr hat der Bundestag entschieden, die große, bewaffnungsfähige Drohne Heron TP von der israelischen Waffenfirma Israel Aerospace Industries von Airbus kaufen und für die Bundeswehr leasen zu lassen. Damals hatten viele SPD-Abgeordnete Bedenken wegen der Bewaffnungsfähigkeit, die jetzt mit angeblich „strengen Bedingungen“ für die Sozialdemokraten ausgeräumt seien. Dass diese Bedingungen offensichtlich vorgeschoben sind, zeigte der Bundestagsabgeordnete Tobias Pflüger Anfang dieses Monats im folgenden Artikel in Neues Deutschland einem Artikel in Neues Deutschland, zu dem wir ganz unten auf diesem Blatt den Link angeben. Klar ist, die Bewaffnung der Heron TP öffnet den Menschenrechtsverletzungen durch Bundeswehr-soldaten alle Türen. Die Heron TP ist für Kriegseinsätze gebaut. Allein im Gazakrieg 2014 sind 164 palästinensische Kinder durch israelische Drohnen getötet worden und die Heron TP ist mit die am häufigsten in Gaza eingesetzte Killerdrohne.

Offen in der Frage der Bewaffnung

Erwarteter Tabubruch: Die SPD will zulassen, dass Bundeswehr-Drohnen demnächst Raketen abfeuern können

Von René Heilig [02.07.2020](#)

Angesichts des Skandals um rechtsradikale Umtriebe im Kommando Spezialkräfte droht ein anderes Thema unterzugehen: Die SPD ist inzwischen »offen in der Frage der Bewaffnung von Drohnen«. Das sagte Gabriela Heinrich, Vizechefin der SPD-Fraktion im Bundestag, dem »Tagesspiegel« zu Wochenbeginn.

Wer darauf gehofft hatte, dass diese Unterwerfung unter den Willen von CDU und CDU von dem in Völkerrechtsfragen erfahrenen Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich umgehend kassiert wird, sieht sich enttäuscht. SPD-Chefin Saskia Esken meldete via Twitter lediglich »grundsätzliche Fragen« an - und betonte wie zuvor Heinrich, die SPD stelle »durchaus sehr strengen Bedingungen« für eine Bewaffnung deutscher Drohnen auf. Entschiedener Widerspruch kam nur von der Vorsitzenden des Forums Demokratische Linke 21, Hilde Mattheis. »Kampfdrohnen sind das Gegenteil von sozialdemokratischer Außen- und Friedenspolitik«, erklärte sie. Die SPD habe 2013 und 2019 erneut in einem Beschluss festgestellt, »dass sie für eine internationale Ächtung vollautomatisierter letaler Waffensysteme«, also auch unbemannter Kampfdrohnen, eintrete, mahnte Mattheis.

Tatsächlich hatte die SPD bislang gefordert, es müsse erst eine breite gesellschaftliche Debatte über politische, ethische und rechtliche Fragen stattfinden, bevor sich die Regierung für oder gegen den Einsatz bewaffneter Drohnen entscheidet. Das ist auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das Spiel auf Zeit wurde bereits unter Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) begonnen. Doch sieben Jahre geschah nichts. Im Mai nun lud das Verteidigungsministerium zu einer Drohnen-debatte ein, bei der »die Befürworter einer Bewaffnung von Drohnen umfangreich das letzte Wort hatten«, wie Tobias Pflüger, Verteidigungsexperte der Linken, kritisierte.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1138594.offen-in-der-frage-der-bewaffnung.html>